



Bern, 10. Juni 2014

Medienmitteilung

Einreichung der Petition für ein soziales Existenzminimum

9'308 Unterschriften überreichten Komiteemitglieder und Vertretungen unterstützender Organisation an die Grossratspräsidentin Beatrice Struchen. In nur drei Monaten wurde die stattliche Anzahl Unterschriften gesammelt. Die Unterzeichnenden der Petition bitten den Grossen Rat, auf die Kürzung der Sozialhilfe um 10 Prozent zu verzichten und ein soziales Existenzminimum zu garantieren.

Eine Kürzung der Sozialhilfe gefährdet die soziale und berufliche Integration armer Menschen und verhindert ein menschenwürdiges Leben. Eine zu knappe Existenzsicherung wird zu einer Armutsfalle. Ein soziales Existenzminimum ist eine zentrale Voraussetzung, um aus der Armut herauszufinden.

Jutta Gubler Kläne-Menke, Geschäftsleiterin AvenirSocial Sektion Bern, appelliert: *„Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für das Wohlergehen aller Menschen im Kanton Bern. Eine Kürzung der Sozialhilfe würde die Falschen treffen: im Kanton Bern über 40'000 arme Menschen. Diese Menschen sind auf unsere Hilfe angewiesen, weil sie keine Chance haben, aus eigener Kraft über die Runden zu kommen.“*

„Wenn das soziale Existenzminimum für prekär Beschäftigte, IV-Empfänger, Rentner und für Sozialhilfeempfänger nicht mehr gewährleistet ist, kann man nicht mehr von einem Sozialstaat sprechen, obwohl die Bundesverfassung nach einem solchen Staat verlangt.“ deklariert Thomas Näf, Präsident Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen KABBA.

Anna Vasiljevic, von Kriso Bern - Forum für kritische Soziale Arbeit, erläutert: *„Als Professionelle der Sozialen Arbeit ist es eine unserer Aufgaben, die Sozialhilfebeiträge so einzusetzen, dass die soziale Integration der Betroffenen schnellstmöglich wiederhergestellt und gefördert wird. Durch eine pauschale Kürzung der Sozialhilfe um 10 % würden uns Hände und Mittel gebunden, um unseren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen.“*

Barbara Geiser, Geschäftsführerin ad I. SAH Bern, sagt: *„Das SAH Bern unterstützt Menschen darin, sich ein Leben in Würde und Sicherheit aufzubauen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn den betroffenen Menschen mindestens ein soziales Existenzminimum zugestanden wird, das ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.“*

„Von Armut betroffene Personen leiden häufiger unter gesundheitlichen Problemen als andere und verzichten öfter auf den Arztbesuch. Dies hat grössere gesundheitliche Einschränkungen und höhere Gesundheitskosten zur Folge.“ informiert Ursula Zybach, Grossrätin und Vizepräsidentin der SP Kanton Bern.

Komiteemitglieder sind AvenirSocial Sektion Bern, Grüne Kanton Bern, Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen, Kriso Bern - Forum für kritische Soziale Arbeit, SAH Bern, SP Kanton Bern, VPOD Region Bern.

Unterstützt wird die Petition von Caritas Bern, dem Dachverband Sozialer Institutionen Biel Region, den demokratischen JuristInnen Bern, dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, der Grünen Partei Bern, der Gruppe für Menschenwürde in der Sozialhilfe GMS Bern, Katholische Kirche Region Bern, der Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung, der Pro Senectute Kanton Bern, den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, dem Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter (SVAMV) und der Unabhängigen Fachstellen für Sozialhilferecht.

Mehr Informationen zur Petition: www.soziales-existenzminimum.ch